

„Gemeinsam stärker“ - Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen

Protokoll des 2. Treffens der Arbeitsgruppe Politische Teilhabe und Information

Datum und Uhrzeit: 27. Juni 2016, 19:30-21:00 Uhr

Ort: Landratsamt Starnberg

Teilnehmer: 22

Angerbauer, Claus (Gemeinde Weißling)

Blage, Achim (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Brand, Martina (privat aus Starnberg)

Büttner, Friedrich (Fachbereichsleitung Sozialwesen)

Dameris, Dr. Prof., Martin (SPD Gemeinde Seefeld)

Distler-Hohenstatt, Peter (Teamleiter Persönliche SH)

Fuchsenberger, Elisabeth (Kreisrätin, Inklusionsbeauftragte Berg)

Habesreiter, Ruth (Offene Behinderten Arbeit Bayerisches Rotes Kreuz)

John, Michael (Geschäftsführer BASIS-Institut)

Klinger, Eva

Krott, Anna (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel)

Meszaros, Doris (Koordination Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen)

Rannenberg, Laura (BASIS-Institut)

Richter, Franz (Gehörlosenverband München und Umland e.V.)

Sägebrecht, Petra

Seibold, Bärbel (Selbsthilfegruppe Vielfalt)

Seidl, Petra-Veronika (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg)

Stephanskirchner, Kathrin (Dominikus Ringeisen Werk Breitbrunn)

Unger, Peter (Grüne, Kreisrat)

Wenisch, Angelika (Inklusionsbeauftragte Inning)

Wunderle, Nico (Fachbereich Jugend und Sport)

Tagesordnung

1	Begrüßung durch Frau Meszaros	2
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John	2
3	Diskussion.....	2
4	Verabschiedung.....	10

1 Begrüßung durch Frau Meszaros

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Frau Meszaros, Koordinatorin des Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen, die anwesenden Personen der Arbeitsgruppe politische Teilhabe und Information und bedankt sich für deren Interesse. Anschließend gibt sie das Wort an Herrn John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John begrüßt die Teilnehmer des Workshops und reflektiert die Arbeit der letzten Sitzung. Er stellt das Vorgehen der heutigen Sitzung vor: Die auf Grundlage des letzten Protokolls vorformulierten Maßnahmen sollen besprochen und systematisch durch die Teilnehmer ergänzt werden. Bis zur nächsten Sitzung soll dann ein Entwurfstext von etwa 6-10 Seiten erarbeitet werden. Dieser Entwurfstext wird den Teilnehmern eine Woche vor der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

3 Diskussion

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist durch die an die Wand projizierten Maßnahmenformulierungen grob vorgegeben. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Herr John benennt die erste Maßnahme, die aus der ersten Arbeitsgruppensitzung abgeleitet wurde: **„Menschen mit Einschränkungen werden verstärkt in Parteien und Parlamenten aktiv“**. Er stellt die Frage in die Runde, wie diese Maßnahme realisiert werden kann und welche notwendigen Schritte festgeschrieben werden müssen.

Frau Meszaros (Koordinatorin Aktionsplan Inklusion) fügt die Idee an, Workshops zu veranstalten, an denen Menschen mit Einschränkungen, die sich bereits politisch

engagieren und in Parteien aktiv sind, über Rechte aufklären und interessierten Personen ihren Werdegang näherbringen. Hierdurch soll interessierten Menschen der Weg in die Politik geebnet werden.

Frau Seibold (Selbsthilfegruppe Vielfalt) sieht grundlegende erste Schritte in der Bewusstseinsbildung der Gesellschaft, sodass Menschen mit Behinderung in der Öffentlichkeit akzeptiert und folglich auch in ihren politischen Ämtern respektiert werden.

Herr Angerbauer (Gemeinde Weißling) berichtet von seinem politischen Werdegang. Zu Beginn stellte er sich selbst die Fragen, ob er als blinder Mensch in dem Gemeinderat arbeiten kann und ob die Menschen ihm diese Arbeit zutrauen würden. Auf seinem Weg begegneten ihm einige Bedenkensträger, von denen er sich aber nicht unterkriegen ließ. Im Gegenteil entwickelte er so den Anspruch an sich selbst, seine Funktion optimal zu erfüllen. Er erhofft sich, dass es Nachahmer und Nachfolger seines Weges gibt, die sich diese Aufgabe auch zutrauen und der Gesellschaft verdeutlichen, dass es keinen Unterschied zwischen der politischen Arbeit von Menschen mit und ohne Einschränkungen gibt. Seines Erachtens ist es wichtig, dass Menschen mit Einschränkungen Mut gemacht wird, ein politisches Amt zu übernehmen. Er schlägt vor, Aktionen, wie beispielsweise „Mut machen“, noch vor den nächsten Kommunalwahlen, verstärkt durchzuführen. Durch positive Erfahrungsberichte von betroffenen Mandatsträgern, können andere Betroffene ebenfalls animiert werden.

Frau Brand ergänzt, dass auch Angehörige von Menschen mit Behinderungen als Zielgruppe hinzugefügt werden sollen. In diesem Fall gilt es geeignete Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen, vergleichbar einer Kinderbetreuung, sodass pflegende Angehörige überhaupt die Möglichkeit haben, derartige Veranstaltungen zu besuchen.

Herr Unger (Gemeinderat Gilching) erläutert, dass es öffentliche Vorbesprechungen der Gemeindesitzungen in barrierefreien Räumen gibt, jedoch noch nie ein Betroffener zu einer derartigen Sitzung erschienen ist. Er schließt daraus, dass es immer noch viele Ängste und anderweitige Barrieren gibt, die abgebaut werden müssen. Er sieht den VdK in der Verantwortung sich dafür zu engagieren und dazu beizutragen, dass betroffene Personen in Parlamente gewählt werden.

Herr Wunderle (Student) berichtet, dass er politisch engagiert ist und kürzlich einer Partei beigetreten ist. Hierfür erhält er von der Runde viel Zuspruch. Er erläutert, dass

man aktiv etwas tun muss: Denn es wird nur derjenige gewählt, der sich auch aufstellen lässt.

Herr Blage (Gehörlosenverband München und Umland e.V.) merkt an, dass er aktiv in der Politik dabei sein will und seine Probleme vortragen möchte. Ein Hindernis stellt für ihn die mangelnde Verfügbarkeit von Gebärdensprachdolmetschern in politischen Veranstaltungen dar. Herr John lobt in diesem Kontext Herr Blages Engagement, mit welchem dieser schon viel erreicht hat.

Frau Seidl (Behindertenbeauftragte Landkreis Starnberg) fügt im Bereich der Bewusstseinsbildung an, dass in der Gesellschaft noch immer oft gedacht wird, man müsse etwas für Menschen mit Behinderung tun und nicht mit ihnen. Darüber hinaus appelliert sie an Parteien, die eine Willkommenskultur für Menschen mit Behinderung schaffen sollen. Generell hält sie politische Arbeit, wie beispielsweise auch die Arbeit am Aktionsplan, für sehr wichtig und richtungsweisend im Inklusionsprozess.

Herr Unger fordert ebenfalls Offenheit der Parteien gegenüber Menschen mit Einschränkungen. Parteien sollen sich öffnen und dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen auch entsprechende Listenplätze erlangen. Des Weiteren fügt er an, dass nicht alle Menschen sofort ein Parteimitglied werden möchten, aber dennoch gute Ideen haben und diese einbringen möchten.

Zudem merkt Frau Seibold an, dass Parteien ihre Konzepte in Leichte Sprache übersetzen müssen, damit alle Menschen die Möglichkeit haben, Zugang zu den Parteien herzustellen und überlegen können, in welcher Partei sie sich engagieren möchten. Grundsätzlich stellt sich ihr die Frage, ob in politischen Gremien überhaupt genug Raum und Zeit zur Verfügung steht, sodass sich zum Beispiel Menschen mit kognitiven Einschränkungen umfassend einbringen können. Hier sei ein gesellschaftliches Umdenken nötig.

Herr John veranschaulicht anhand eines Schaubilds, welche Gremienebenen es einzuschalten gilt, um politisches Interesse zu wecken und Teilhabe zu gewährleisten. Neben den Mandaten und Parteien braucht es einen Behindertenbeauftragten, der unter anderem Mut macht. Weiter unterstützen sich auf lokaler Ebene Behindertenbeiräte gegenseitig. Eine weitere denkbare Beteiligungsform bieten offene Diskussionsforen, wo sich jeder zu Wort melden kann. Auch diverse Interessensverbände, wie Angehörigenverbände oder Gruppierungen bezüglich bestimmter Einschränkungsarten, bilden wichtige Multiplikatoren.

Herr Angerbauer bestärkt, dass man politische Teilhabe nicht auf die Übernahme von Mandaten reduzieren darf. Vielmehr bedeutet politische Teilhabe für ihn, dass

Menschen mit Behinderung sich vor Ort engagieren und einbringen. Er benennt die Problematik, dass Politiker häufig auf Erfolg und möglichst viele Stimmen aus sind. Listenplätze werden demzufolge in der Regel an bekannte Personen vergeben, wodurch Menschen mit Behinderung vernachlässigt werden.

Frau Fuchsenberger (Inklusionsbeauftragte Berg) führt an, dass Parteien oftmals einen Apparat an Hilfestrukturen im Rücken haben. Diese Hilfe sollen Betroffene in Anspruch nehmen, wenn sie sich in Parteien engagieren. Ferner fordert sie, dass Inklusion vor Ort, in den einzelnen Gemeinden, stattfindet. Politiker müssen sich in dem breiten Spektrum der Kommunalpolitik einsetzen, um Menschen mit Behinderungen für ihre Partei zu gewinnen.

Frau Seibold stimmt diesem Aspekt zu. Auch sie fordert, dass ortsansässige Parteien auf Menschen mit Behinderungen aktiv zugehen, diese einladen und willkommen heißen. Herr Unger fügt die Information an, dass man in einem politischen Mandat nicht zwingend sechs Jahre aktiv sein muss, sondern dass man ohne explizite Begründung auch früher wieder das Mandat abgeben kann.

Herr Blage stellt die grundlegende Frage in den Raum: Was bedeutet Inklusion? Eine einzelne Veranstaltung barrierefrei auszurichten reicht nicht aus. Inklusion muss seiner Ansicht nach an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr gelebt werden. Es gilt alle Bedürfnisse zu berücksichtigen, da ansonsten keine Inklusion stattfindet.

Eine weitere Maßnahme, die sich in der ersten Arbeitsgruppensitzung benannt wurde, lautet: **„Angebote und Sensibilisierungen für Verwaltungsangestellte für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen“**. Herr John wirft die Frage in den Raum, wer diese Sensibilisierungen durchführen könnte.

Herr Büttner (Fachbereichsleiter Sozialwesen) führt an, dass die Schwerbehindertenvertreter in Kooperation mit der Personalstelle Schulungen anbieten und die Sensibilisierung vorantreiben könnten.

Frau Seibold merkt an, dass der Integrationsbeauftragte in ihrem Ort sich nicht in der Rolle sieht, um für Menschen mit Behinderungen einzutreten, weshalb sie eine außenstehende verantwortliche Personen fordert.

Herr John verweist auf Begehungs- oder sogenannte Audit-Gruppen, welche beispielsweise im Baubereich Ortbegehungen durchführen. Auch diese Expertengruppen aus Menschen mit verschiedenen Einschränkungen könnten diese Schulungen durchführen.

Frau Stephanskirchner (Dominikus Ringeisen Werk) schlägt vor, verstärkt Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen.

Frau Habesreiter (Offene Behinderten Arbeit Bayerisches Rotes Kreuz) ergänzt hierzu, dass nicht nur Begegnungen ermöglicht, sondern Schulungen auch von diesen betroffenen Personen durchgeführt werden sollten.

Aus diesem Konzept kann ein professionelles Angebot generiert werden, bei dem Menschen mit verschiedenen Einschränkungen Schulungen anbieten, die von den Kommunen bezahlt werden.

Darüber hinaus müssen Verwaltungsangestellte stärker auf die Belange und Bedürfnisse von Menschen mit verschiedenen Einschränkungsarten aufmerksam gemacht werden. Es gilt dem Verwaltungspersonal Angst zu nehmen und Berührungängste abzubauen. Frau Seibold erläutert, dass dies auf kurzem Wege geschehen könne, sobald man auch Menschen mit Behinderungen in die Verwaltung einstelle.

Herr Unger bemerkt, dass das Bayerische Selbstverwaltungskolleg kostenlose Schulungen anbietet, die man in diesem Rahmen zur Sensibilisierung des Verwaltungspersonals auch wahrnehmen könnte.

Auch Frau Fuchsenberger weiß, dass die Evangelische Stadtakademie bereits verschiedene Schulungen durchführt, beispielsweise wie man barrierefreie Homepages gestaltet.

Herr John zeigt eine weitere Maßnahme, die sich aus den Ergebnissen der ersten Arbeitsgruppensitzung herauskristallisiert hat: **„Barrierefreie Durchführung von Veranstaltungen“**.

Herr Blage fordert, dass bei Anmeldungen für Veranstaltungen ein extra Kästchen auf der Einladung angefügt wird, in welchem man beispielsweise angeben kann, dass man einen Gebärdensprachdolmetscher benötigt. Auch Verbände, die politische Veranstaltungen anbieten, gilt es zu unterstützen. Sie sollen beispielsweise Informationen erhalten, an welchen Stellen man Gelder für Dolmetscher akquirieren kann.

Frau Habesreiter fordert, dass die Maßnahme um den Aspekt der Leichten Sprache ergänzt wird. Generell muss geklärt werden, wie in Zukunft mit der Erstellung von Texten in Leichter Sprache umgegangen werden soll und ob ggfs. Ansprechpartner hierfür bestimmt werden sollen.

Frau Seidl fordert, dass auf Einladungen nicht nur Abfragen abgedruckt sind, welche Hilfe benötigt wird, sondern dass diese von Haus aus die gängigen Piktogramme enthalten.

Herr Blage hingegen erläutert, dass Piktogramme seiner Meinung nach eher verwirren. Er findet ein Kästchen zum Ankreuzen der spezifischen Hilfsmittel ausreichend.

Herr Angerbauer beschreibt, dass Powerpoint-Präsentationen aus Sicht einer blinden Person nicht hilfreich sind. Ohne entsprechende mündliche Erläuterungen kann dem Gang der Diskussion nicht gefolgt werden kann. Indem man im Vorfeld die entsprechenden Materialien vom Veranstalter erhält, kann man sich vor der Veranstaltung entsprechend vorbereiten.

Frau Krott (Selbsthilfegruppe Gilchinger Ohrmuschel) hingegen beschreibt, dass für gehörlose Menschen sichtbare Präsentationen an der Wand hilfreich sind.

Die Maßnahme: **„Finanzbudget zur Unterstützung der politischen Teilhabe von Gehörlosen“** wird von Herrn John eingebracht.

Frau Krott fordert, dass die Maßnahme neben Gebärdensprachdolmetschern auch um Schriftdolmetscher ergänzt wird.

Herr John wirft die Frage in den Raum, wie die Verfügbarkeit von Dolmetschern organisiert werden kann. Ab wann müssen sich Gemeinden um die Anwesenheit von Dolmetschern kümmern? Wie ist das, wenn eine Privatperson Interesse hat bei einer politischen Veranstaltung teilzunehmen - wer garantiert, dass ein Dolmetscher vor Ort ist?

Herr Blage berichtet von dem Bundesteilhabegesetz, das sich derzeit in der Entwicklung befindet und eine individuelle Regelung vorsieht. Menschen mit Höreinschränkungen erhalten beispielsweise ein persönliches Budget, von welchem sie für Veranstaltungen, die sie besuchen möchten, einen Dolmetscher organisieren und bezahlen können. Allerdings ist dieses individuelle Recht einkommens- und vermögensabhängig. An diese Stelle wird kritisiert, dass Teilhabe unter keinen Umständen einkommensabhängig sein darf.

Frau Krott bemerkt, dass Parteien sicherlich für Veranstaltungen ein gewisses Budget für derartige Unterstützungsangebote zur Verfügung haben. Herr Unger hingegen argumentiert, dass kleine Parteien sich diese Dienste nicht leisten können. Ihm ist es wichtig, dass grundlegende Strukturen geschaffen werden. In Gemeinden soll man auf die Bedarfe seiner Bürger vorbereitet sein.

Frau Fuchsenberger pflichtet den beiden bei und erklärt, dass große Parteien derartige Budgets zur Verfügung haben. Allerdings sind kleinere Parteien in der Regel knapp bei Kasse. Ihr stellt sich die Frage, wie auch diese Teilhabe aller Menschen gewährleisten können? Sie fordert betroffene Personen, die im Bezirkstag sitzen, dazu auf, nachzufragen ob es Möglichkeiten gibt für einzelne Veranstaltungen Mittel zu bekommen.

Herr John schlägt vor, dass übergangsweise Spenden gesammelt und in einem Pool zusammengetragen werden könnten. Von diesem Pool können sich Parteien Förderungen abrufen um notwendige Voraussetzungen zu schaffen.

Frau Seibold bringt die Perspektive von Selbsthilfegruppen ein, welche auch finanzielle Unterstützung benötigen um Inklusion und Teilhabe zu gewährleisten. Nach einem langen Kampf mit dem ZBFS haben sie allerdings lediglich 400 Euro pro Jahr bewilligt bekommen.

Auf Nachfrage von Herr Unger wird erklärt, dass für eine dreistündige Veranstaltung zwei Gebärdensprachdolmetscher benötigt werden, für welche, inbegriffen der Fahrtzeiten, ca. 1000 Euro bezahlt werden müssen.

Herr Blage erläutert, dass er immer an Veranstaltungen teilhaben möchte, die er für wichtig erachtet. Auch Herr Unger unterstützt die Forderung, dass jeder Mensch an jeder noch so kleinen Veranstaltung teilhaben können sollte. Finanzierungsquellen sind zu erschließen, um diesen Schritt nach und nach einsetzen zu können.

Frau Seibold merkt an, dass ein Bundesteilhabegesetz, sobald es einkommensabhängig ist, eine Verletzung der UN-Behindertenrechtskonvention darstellt. Da dieses Gesetz gerade auf den Weg gebracht wird, schlägt sie vor etwas dagegen zu unternehmen.

Frau Habesreiter erklärt, dass der Referentenentwurf am 28.06.2016 ins Kabinett kommen wird. Anschließend gibt es die Möglichkeit über eine Petition zu bewirken, dass der Gesetzentwurf nochmal adaptiert wird.

Frau Seibold schlägt vor im Rahmen des Aktionsplans eine Petition zu schreiben. Herr Unger ergänzt, dass er und Frau Fuchsenberger diese Resolution in den Kreistag einbringen können. Hier wird vorgeschlagen, Ende Juli in der Kreistagsitzung eine Resolution zu verfassen.

Frau Seidl merkt an, dass sich jeder nochmal verstärkt an seine Bundestagsabgeordneten wenden solle und über den Gesetzesentwurf und dessen Folgen aufklären solle.

Letztlich wird über die Ausgestaltung der Maßnahme: **„Schaffung von nachhaltigen Beteiligungsformaten zur verbesserten Teilhabe“** diskutiert.

Die Arbeitsgruppe Wohnen hat in der vorangegangenen Sitzung beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe zum Thema Wohnen auch über den Planungszeitraum des Aktionsplans hinaus bestehen soll.

Frau Seibold fordert einen Inklusionsbeirat, in welchem aus jeder Arbeitsgruppe des Aktionsplans mindestens ein Vertreter sitzt und sich engagiert.

Herr Angerbauer wünscht sich offene Veranstaltungen auf kommunaler Ebene, an denen Menschen zusammenkommen und über bereits erreichte Erfolge, aber auch über noch notwendige Bedarfe und Schwierigkeiten sprechen können.

Frau Seibold ergänzt, dass es eine hauptamtliche Stelle benötigt, die den ganzen Prozess leitet und organisiert, dies könne mit einer ehrenamtlichen Stelle nicht umfassend gewährleistet werden. Ihrer Ansicht nach wäre eine feste Fachstelle für Inklusion, die am Landratsamt angesiedelt und auch von diesem finanziert wird, wichtig und der Garant für eine langfristige Umsetzung der Inklusion.

Daraufhin wendet sich Herr Unger an Frau Seidl und fragt, wo ihrer Meinung nach die Schnittstellen zwischen der Arbeitsgemeinschaft für Behindertenfragen und einem Inklusionsbeirat angesiedelt wären. Frau Seidl entgegnet, dass in beiden Gremien sicherlich gleiche Personen vertreten wären. Allerdings müsse man die Aufgaben eines Inklusionsbeirates exakt herausarbeiten.

Herr John fasst zusammen, dass eine vernünftige Struktur geschaffen werden muss, die erläutert welche Aufgabenbereiche durch Ehrenamt und welche Bereiche durch hauptamtliche Angestellte abgedeckt werden. Darüber hinaus gilt es zu ergründen, wie diese sinnvoll mit einem Inklusionsbeirat verknüpft werden.

Frau Seibold fordert, dass zwei Stellen entstehen: die eines Inklusionsbeauftragten am Landratsamt und weiter ein Behindertenbeauftragter. Diese beiden müssen kooperieren und sich in ihrer Arbeit ergänzen.

Auch Frau Seidl erachtet eine hauptamtliche Monitoring-Stelle, welche am Landratsamt angesiedelt ist und nach der Erstellung des Aktionsplans dessen Ausführung begleitet, als sehr sinnvoll.

Frau Fuchsberger pflichtet ihr bei und erläutert, dass durch die Anknüpfung an das Landratsamt der Aktionsplan für Inklusion eine neue Wertschätzung erfährt. Ferner ergänzt sie, dass bereits im Rahmen des Klimapakts ein Maßnahmenkatalog erarbeitet wurde, der dem des Aktionsplans ähnelt. Hier wurde ein Monitoring veranlasst, das die

Umsetzung der Maßnahmen überprüft. Eventuell könnte man herausfinden, wer oder welche Stellen in diesem Fall dieses Monitoring durchführen, um sich Anregungen für den Aktionsplan zu holen.

Herr John betont die Notwendigkeit, dass auch die Akteure aus den Arbeitsgruppen des Aktionsplans, die guten Willens sind und aktiv mitarbeiten, in den weiteren Prozess eingebunden werden und ihre Ideen einbringen können.

4 Verabschiedung

Herr John beschließt die Runde und bedankt sich für die Anwesenheit und Mitarbeit der Beteiligten. Er erläutert, dass die nun gemachten Vorschläge in einem Text ausformuliert werden und man diesen beim nächsten Mal durchsehen werde.

Herr Büttner schließt seinen Dank an, bedankt sich ebenfalls bei Herr John und seinem Team für die Unterstützung sowie bei den Gebärdensprachdolmetscherinnen und macht auf die nächste Sitzung aufmerksam.

Für das Protokoll

Laura Rannenberg

Michael John

(BASIS-Institut)